

# AWP

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR WISSENSCHAFT UND POLITIK  
Universität Innsbruck

---

Hans Köchler

## MENSCHENRECHTE, GERECHTIGKEIT UND TURBOKAPITALISMUS

Kommentar für die Zeitschrift DIALOG, Wien (2001)

### PREPRINT

In der Epoche der scheinbar ungebremsten Globalisierung, in welche die Menschheit mit dem Ende der bipolaren Weltordnung der Nachkriegszeit eingetreten ist, steht das Menschenrechtsverständnis der „siegreichen“ westlichen Welt (oder soll man „Zivilisation“ sagen?) auf dem Prüfstand. Wie lässt sich die nach dem Verschwinden eines konkurrierenden Gesellschaftsmodells „grenzenlose“ Gewinnmaximierung – Triebfeder der freien Marktwirtschaft – mit der unveräußerlichen Würde des Einzelnen vereinbaren?

Diese Problematik wurde auf der Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte (1993) besonders deutlich, als der Konsens an den Meinungsverschiedenheiten über den Stellenwert der wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte im Verhältnis zu den bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechten zu scheitern drohte. Tatsächlich ist es das große Dilemma unserer Zeit, dass die überwältigende Mehrzahl der Menschheit trotz der Menschenrechtsdeklaration von 1948 und vieler seitdem verabschiedeter Konventionen, Weltpakete etc. weiterhin in bitterer Armut lebt und nicht imstande ist, sinnvoll von den der reichen westlichen Welt „heiligen“ bürgerlichen und politischen Rechten Gebrauch zu machen. Die wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte der Menschen sind in weiten Teilen der Welt nicht verwirklicht. Millionen von Menschen in den Entwicklungsländern wissen nicht, wie sie sich über den nächsten Tag bringen sollen.

Was nützt ein verfassungsmäßig garantiertes – und durch internationale Konventionen abgesichertes – Recht auf freie und ungehinderte Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten, wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein Leben in Freiheit und Würde nicht gegeben sind? Auf globaler Ebene besteht die große Ungerechtigkeit gerade darin, dass die wohlhabenden industrialisierten Länder, welche ihren Bürgern relative materielle Sicherheit – also die Verwirklichung der wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte – garantieren, gegenüber den unterprivilegierten Völkern der Dritten Welt die Beachtung der für uns selbstverständlichen politischen Grund- und

Freiheitsrechte einmahnen, während die elementaren wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte der Bevölkerung dieser Länder in keiner Weise gesichert sind – ein Faktum, das die westliche Welt oftmals geflissentlich übersieht.

Tatsächlich ist die Kluft zwischen arm und reich seit dem Ende der Kolonialzeit nicht kleiner, sondern größer geworden. Die 1974 von der UNO-Vollversammlung proklamierte „Neue Internationale Wirtschaftsordnung“ existiert trotz intensiver Beteuerungen nur auf dem Papier bzw. im Konferenzsalon. Die nach dem Golfkrieg 1991 von der westlichen Führungsmacht verkündete „Neue Weltordnung“ nimmt in keiner Weise auf die berechtigten Anliegen der Völker der Entwicklungsländer Rücksicht, da sie vorwiegend ein Programm der ideologischen und politischen Vorherrschaft darstellt.

Wenn es nicht gelingt, dem westlichen Menschenrechtsverständnis Glaubwürdigkeit im Sinne einer umfassenden Definition der Menschenwürde (unter Einschluss der sozialen Grundrechte) zu geben, werden weitere langandauernde Konflikte zwischen der westlichen und der Dritten Welt nicht zu vermeiden sein. Ein glaubwürdiges Menschenrechtskonzept kann nur darin bestehen, dass dem individuellen Gewinnstreben nicht nur auf innerstaatlicher, sondern auf globaler Ebene Zügel angelegt und die klassischen Grund- und Freiheitsrechte nicht losgelöst von den wirtschaftlichen und sozialen Grundrechten gesehen werden. Die Verwirklichung der letzteren ist die Voraussetzung für die sinnvolle Inanspruchnahme der ersteren.

Wenn die vom Christentum geprägte westliche Welt diesen Zusammenhang weiterhin beharrlich zu ignorieren sucht, dürfen sich ihre Vertreter nicht wundern, sollte der von manchen Ideologen seit dem Ende des Kalten Krieges beschworene „*clash of civilizations*“ Wirklichkeit werden. Ein permanenter Konflikt zwischen der Ersten und der Dritten Welt kann nur vermieden werden, wenn der Westen die genuinen Rechte und die Eigenständigkeit der Völker anderer Zivilisationen zur Kenntnis nimmt und ihnen gegenüber nicht einen ideologischen „Kreuzzug“ fuhr. Ein mit den Notwendigkeiten der Globalisierung gerechtfertigter „Turbokapitalismus“ ist hierbei fehl am Platz, er verschärft vielmehr die Probleme, die er zu lösen vorgibt.

Wien, 26. September 2001